

Realpolitik

Autor(en): **Grimm, Robert**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **18 (1938-1939)**

Heft 11

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-333519>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

18. JAHRGANG -- JULI 1939 -- HEFT 11

Realpolitik

Von Robert Grimm.

Vor drei Jahren vollzog sich in der schweizerischen Sozialdemokratie eine Wandlung, die innerlich längst vorbereitet und äußerlich fällig war. Die Fälligkeit erlitt zwar eine kleine Störung. Der Parteitag 1936 fand noch nicht die ziffernmäßige Entschlossenheit, um zu vollziehen, was im Zug der Entwicklung lag. Erst ein halbes Jahr später folgte der Entscheid in der Militärfrage. Der Schritt von der Theorie des Programms zur Praxis der Politik war nur mit Hemmungen möglich und nur um den Preis eines Personenwechsels in der Leitung der Partei — nicht eines Kurswechsels, wie manche hofften — denkbar. Denn der Kurs selbst war vorgezeichnet und in der praktischen Arbeit vorbereitet. Draußen in den Gemeinden, Bezirken und Kantonen war Selbstverständlichkeit, was im Bund immer noch mehrheitlich abgelehnt wurde.

Die neue Parteileitung in Zürich hat systematisch weitergeführt, was vorbereitet war. Zunächst in der Frage der Landesverteidigung, die durch die Entwicklung der internationalen Verhältnisse für die Schweiz einen andern Aspekt erhielt als kurze Jahre zuvor. Diese entscheidende innerparteiliche Wandlung führte zu Konsequenzen auch auf andern Gebieten und erschlossen sich der Parteiöffentlichkeit unter dem Schlagwort der Verständigungspolitik.

Alle Schlagworte sind cum grano salis zu nehmen, auch das Schlagwort der Verständigungspolitik. Zu einer Verständigung gehören mindestens zwei. Und wenn der eine nicht will, oder wenn er durch die objektiven Verhältnisse zu einer Verständigung nicht gezwungen wird, gibt es keine Handreichung.

Das hatte die Partei bitter genug erfahren müssen. In einer Reihe von Fragen der praktischen Politik wurde die ehrlich und lauter dargereichte Hand schroff zurückgewiesen. In der Finanzreform, in der Besoldungsangelegenheit des eidgenössischen Personals, in wirtschaftlichen Belangen, in der Außenpolitik ging man über die Begehren und Postulate der Partei hinweg. Die bürgerlichen Parteien glaubten, der Sozialdemokratie das Ducken beibringen zu müssen. In der Phrase für die Verständigung verstanden sie in der Praxis die Verständigungsparole anders, weil nach dem Zusammenbruch der internationalen

Rechtsordnung, nach der Enthüllung des wirklichen geistigen und politischen Vermögens des Völkerbundes, nach der zunehmenden Arroganz des internationalen Faschismus die Sozialdemokratie sich zur Landesverteidigung bekannte und damit der Logik der Tatsachen folgte, wähten sich die bürgerlichen Parteien berechtigt, ihr sachlich unmotivierte, politisch unwürdige Zumutungen stellen zu dürfen. Verständigung ja, wenn man die Zumutungen akzeptieren würde, Verständigung nein, wenn man sich auf Würde besann und auf die Lebensinteressen der Arbeiterschaft nicht verzichtete.

Aber so, wie objektive Verhältnisse die Sozialdemokratie zu einer andern Einstellung zu den Tatsachen drängte, ebenso waren es objektive Verhältnisse, die die bürgerlichen Parteien zu einer Preisgabe ihrer frühern Haltung zwangen. War die Verständigung gescheitert, gescheitert in jenem entscheidenden Stadium, als die Meyersche Finanzreform im Nationalrat fiel, so wurde dadurch eine neue geschichtliche Phase der schweizerischen Gegenwartspolitik eingeleitet, die wohl zutreffend mit dem Kennwort *Realpolitik* charakterisiert wird.

In der neuen Zeitfolge orientierte man sich nicht mehr am Vertrauen oder Mißtrauen, das der eine zu dem andern hatte, nicht mehr am Schlagwort der Verständigung, das in der praktischen Politik immer wieder Schiffbruch litt und hüben und drüben zu Enttäuschungen führte. Die harte Notwendigkeit, das im Dröhnen unmittelbar heraufziehender Gefahren eintretende Bewußtsein der Abwehr, die Einsicht, daß solche Abwehr nur auf der Grundlage ehrlicher Bereitschaft gedeihen und diese Bereitschaft nur am Herdfeuer aufrichtiger Volksverbundenheit geschmiedet werden könne, führte zu einer Realpolitik, die positive Ergebnisse für das Land und für das Volk und nicht zuletzt auch für die Arbeiterschaft zeitigte.

Es wäre im Lichte dieser Politik müßig, über Umkehr und Wandlungen zu philosophieren. Wenn die Sozialdemokratie ihre Einstellung zur Landesverteidigung und damit zur Außenpolitik des Landes revidierte, so revidierten die bürgerlichen Parteien ihr Verhältnis zur Arbeiterbewegung.

Um Mißverständnisse auszuschließen — es handelt sich hier keineswegs um eine Revision der Weltanschauungen und ihre Begriffe. Niemand wird es der Sozialdemokratie verübeln wollen, wenn sie nach wie vor ihr Ideal der Völkerversöhnung im Zeichen der Freiheit und der menschlichen Vernunft aufrechthält und nach wie vor des Glaubens und der Gewißheit ist, daß nur auf der Grundlage einer kollektiven Wirtschaftsordnung die Ursachen kriegerischer Konflikte und des Zerfalls der europäischen Kultur beseitigt werden können. Und niemand wird es dem Bürgertum, soweit es eine Weltanschauung besitzt, verdenken können, wenn es noch immer die leise Hoffnung auf die Wiederkehr sogenannter normaler Zustände hegt, obwohl seine Tagesforderungen sich immer mehr vom frühern Ideal entfernen und das Bewußtsein von der Unumgänglichkeit der verschärften staatlichen Intervention im wirtschaftlichen und sozialen Leben der Gegenwart immer stärker wird. Aber zwischen den Weltanschauungen liegen die Notwendigkeiten

des Alltags, dessen Gesicht von Stunde zu Stunde garstigere Formen trägt und unbekümmert um weltanschauliche Differenzen zu einer *lebendigen und tätigen Verbundenheit aller demokratisch und freiheitlich empfindenden Bürger drängt*. So ist realpolitisches, das heißt die rauhe Wirklichkeit erfassendes Betrachten entstanden und gleichsam als Synthese an die Stelle der von den einen gepriesenen und von den andern abgelehnten Verständigungspolitik getreten.

Realpolitik bedeutet, daß man seine politischen Handlungen nach den Tatsachen und den aus ihnen fließenden Notwendigkeiten richtet, unbekümmert um das Einverständnis des andern. Und je mehr auch der andere von den Tatsachen ausgeht, je besser er sie erkennt, um so eher ist eine Übereinstimmung des praktischen Handelns möglich. Die Verständigung erwächst dann nicht als Produkt eines vorgefaßten Verständigungswillens, eines Wunschgedankens, sie ergibt sich zwangsläufig aus der übereinstimmenden Auffassung der Tatsachen oder — um konkreter zu werden — der lauern den Gefahren, die an das Lebensmark des Volkes gehen.

Auf dieser Basis haben sich in der jüngsten Zeit einige Änderungen vollzogen, die noch vor drei Jahren als unwahrscheinlich erschienen. Der Wendepunkt war die durch die Sozialdemokraten bewirkte Ablehnung der schon erwähnten Meyerschen Finanzreform. Die Ablehnung ist aus sachlichen Gründen erfolgt, aber sie war gleichzeitig die Ablehnung gegen unwürdige Zumutungen der Mehrheit an die Minderheit, die Liquidation dessen, was man die Verständigungspolitik nannte. Jetzt war der Weg für realpolitische Überlegungen auf beiden Seiten frei: Auf beiden Seiten merkte man, daß ausschließlich machtpolitisches Kräfteressen in dieser schweren Zeit, die wir durchlaufen, nicht mehr erträglich sei. Die Sozialdemokratie hat einer Übergangslösung in der Finanzreform zugestimmt, obwohl sie materiell mit Ausnahme einer stärkeren Dotierung der Altersfürsorge nur den bisherigen, von ihr bekämpften Zustand legalisierte. Die bürgerlichen Parteien mußten auf die Fortsetzung des Regimes der dringlichen Bundesbeschlüsse, das vom Bundesrat empfohlen wurde, verzichten. Die Bedeutung der provisorischen Übergangslösung lag nicht darin, daß materiell der bestehende Zustand auf drei Jahre verlängert wurde. Sie erhielt ihren über den Tag hinausreichenden Wert durch die Erkenntnis ihrer sachlichen Notwendigkeit wie durch den Wagemut, sie dem parlamentarischen Entschcheid zu entziehen und den Entschcheid des Volkes anzurufen.

Marx hat gelehrt, daß sich gesellschaftliche und politische Übergänge nicht bruchartig vollziehen. Die Adepten des Marxismus vergessen diese Lehre nur allzuoft und vergessen sie besonders dann, wenn sie die Bilanz der neuen, unter den Einwirkungen des Wechsels der internationalen Verhältnisse entstandenen Lage ziehen. Als die Partei ihre positive Stellungnahme zur Landesverteidigung auch formell dokumentierte und auf der bürgerlichen Seite der Schritt zwar begrüßt wurde, aber kein weitausholendes Öffnen der Arme zur Folge hatte, da gab es manche Parteigenossen, die nüchterne Nützlichkeitsbeobachtungen anstellten und höhnisch darauf verwiesen, wie schlecht die Neuorientie-

rung gelohnt wurde. Als ob die Sozialdemokratie diese Umstellung in Erwartung von Dank und Anerkennung und nicht im höhern Interesse von Land und Volk vorgenommen hätte!

Analysiert man die Bilanz seit der Finanzreform objektiv, werden leicht etwa folgende positiven Feststellungen zu machen sein:

In der *Besoldungsfrage* des eidgenössischen Personals wurde die Stabilisierung der Löhne, praktisch eine weitergehende Milderung des Lohnabbaues und zugleich eine befriedigende Ordnung der *Pensionskassenverhältnisse* erzielt. Die *Arbeitsbeschaffungsinitiative* hat zu einem vollen Erfolg geführt. Gleichzeitig wurde der Einbruch in die Unantastbarkeit des *Abwertungsgewinnes* durchgesetzt, wobei den Kantonen wesentliche finanzielle Entlastungen entstehen. Das *Heimarbeiterschutzgesetz* ist im Nationalrat sozusagen diskussionslos angenommen worden. Die Wiederaufnahme der *Handelsbeziehungen mit Rußland* ist heute nicht mehr nur eine Forderung der Arbeiterschaft; sie wurde vom Parlament zum Beschluß erhoben. Ein *Wehropfer* ohne empfindliche Belastung des Besitzes erscheint heute undenkbar. Die *Lohnzahlung während des Militärdienstes* ist Gegenstand einer besondern Gesetzesvorlage. In der *Außenpolitik* wurde der Grundsatz: Neutralität des Staates bedeutet keine Neutralität der Gesinnung des einzelnen Bürgers, offiziell anerkannt.

Selbstverständlich gibt es in dieser realpolitischen Erfolgsreihe Lücken. Besonders in der Außenpolitik (Abessinien, Spanien, Pressefreiheit, Emigranten). Nur ein Narr kann sich darüber wundern. Ein alter Gemeinplatz sagt, daß sozialistische Politik nicht von bürgerlichen Parteien gemacht werden kann. Umgekehrt macht aber auch die Sozialdemokratie keine bürgerliche Politik, was immer die bürgerlichen Propagandisten aus durchsichtigen Gründen behaupten mögen. In Wirklichkeit handelt es sich auf beiden Seiten um eine *Politik des Übergangs*. Es geht darum, ob sich ein demokratisches Volk seine Selbständigkeit, seine Rechte und Freiheiten zu bewahren weiß, trotzdem der Übergang in der Gegenwart noch keineswegs klare Formen aufweist und nur so viel andeutet, daß eine Rückkehr zu den Vorkriegszeiten sowenig möglich ist, wie man ein Kücken in die zerbrochene Eierschale zurücksteckt. Um so wichtiger ist realpolitisches Denken. Je mehr wir es anwenden, je mehr wir von den Tatsachen ausgehen und die Möglichkeiten der Realisierung unserer Wünsche und unseres Gefühlsstrebens an ihnen erwägen, um so fruchtbarer für die Arbeiterschaft und für das Volk wird unsere Arbeit sein.

Zum Fall Bernoulli

Von S a m u e l B r a w a n d.

Der Fall Bernoulli steht in der schweizerischen Schulgeschichte nicht allein. Es hat schon vor genau hundert Jahren Bernoullis gegeben. Ich erinnere an den bekannten Straußhandel des Jahres 1839 in Zürich. Ähnlich ging es dem Zürcher Freisinnigen Grunholzer im Jahre 1851,